

ROT HEUTE

AUSGABE NR. 3 | HERBST 2018

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



VERMÖGEN BESTEUERN!

REICHE SOLLEN GRÖßEREN BEITRAG ZUM GEMEINWESEN LEISTEN

Die Bürgerschaft hat sich dafür ausgesprochen, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Sie beschloss einen Antrag von SPD, Grünen und Linken, der eine Abgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung zum Ziel hat.

„In keinem Land Europas, außer Österreich, ist Reichtum so ungleich verteilt wie in Deutschland“, betont der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk. So verfügten das reichste Prozent der Haushalte über ein Drittel des gesamten Nettovermögens. Und diese Ungleichheit in der Vermögensverteilung nehme beständig zu.

„Das ist ein gravierendes Problem“, so Gottschalk. „Denn diese krasse Ungleichverteilung spaltet und vergiftet die Gesellschaft. Sie hemmt das wirtschaftliche Wachstum und bläht den besonders anfälligen Finanzsektor auf. Und sie birgt das Risiko politischer Fehlentwicklungen – wie

sie etwa in den USA zu beobachten sind – wo Reiche Einfluss auf die Politik nehmen und Populisten Wahlen gewinnen. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als eine Millionärssteuer ist daher notwendig – damit diese Superreichen einen größeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten und die Länder finanziell besser ausgestattet werden. Und nicht zuletzt kann diese Vermögensteuer einen Beitrag dazu leisten, die finanzielle Ungleichheit in Deutschland zu verringern.“

> **Antrag: Reichtum gerechter verteilen**
<http://tiny.cc/vermoegensteuer>

THEMEN

SEITEN 2 & 3:
BAUPOLITIK
Wohnen darf
keine Ware sein



SEITE 5:
BILDUNG
Schulen im Konsens
besser machen



SEITEN 6 & 7:
GLEICHSTELLUNG
SPD-Fraktion zeigt
Regenbogenflagge



SEITE 9:
GESUNDHEIT
Wahlfreiheit für
Beamte bei der Kasse



INHALT

SEITE 04: WIRTSCHAFT

Ortstermin in den stadtbremischen Häfen

SEITE 05: BILDUNG

Schulkonsens wird verlängert & Mehr Referendare und mehr Geld für Grundschullehrkräfte

SEITEN 06 & 07: GLEICHSTELLUNG

SPD-Fraktion nimmt am CSD teil & Verbot von „Homo-Heilern“ & Ausstellungseröffnung im Fraktionsbüro

SEITE 08: AKTUELLES

Kein Fußbreit den Fremdenfeinden & Seenotrettung ist kein Verbrechen

SEITE 09: AKTUELLES

Beamten den Wechsel in die gesetzliche Krankenkasse ermöglichen & Bessere Beratung von Schwangeren & Sport gegen Gewalt und Intoleranz

SEITE 10: AKTUELLES

Mehr Geltung für Tarifverträge & Erweiterte Nutzungszeiten für Bibliotheken

SEITE 11: FRAKTION VOR ORT

Der Rote Bus & Veranstaltungshinweise

SEITE 12: SOZIALES

Förderung für Weiterqualifizierung

DIE SPD-FRAKTION ONLINE



WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

LÖSUNGEN FÜR EIN DRÄNGENDES PROBLEM

„Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Herausforderung unserer Zeit“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Auf diese Frage müssen wir überzeugende Antworten finden. Klar ist: Es gibt nicht die eine Lösung für dieses, gerade in Städten und Ballungsgebieten, immer drängender werdende Problem. Als Sozialdemokraten haben wir aber – als Fraktion hier in Bremen und als Partei im Bund – in der Vergangenheit und aktuell Maßnahmen vorgeschlagen, die das Problem, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden oder ein Eigenheim zu erwerben, lösen können.“ Absolut notwendig sei es, dass der Bund zukünftig mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau investiere, private Investitionen fördere und Familien – etwa mit dem Baukindergeld – bei der Schaffung von



Björn Tschöpe

Wohneigentum unterstützen wolle. Wichtig sei aber auch, Spekulationen mit Wohnraum zu unterbinden und Gerechtigkeitslücken bei der Grunderwerbssteuer zu schließen – Vorschläge, die die SPD-Fraktion

bereits in Anträgen auf den Weg gebracht und die nun auch die Partei in einem Grundsatzpapier formuliert hat.

„Langfristig hilft aber nur eines gegen steigende Mieten: Bauen, bauen bauen!“, betont Tschöpe. Bremen habe sich hier auf einen guten Weg begeben und mit Förderprogrammen auch gezielt den sozialen Wohnungsbau unterstützt. Auf Initiative der SPD-Fraktion entstehe zudem zusätzlicher Wohnraum für Studierende, am Ellener Hof etwa werde nun bald gebaut, weitere Planungsmittel seien im Haushalt berücksichtigt. Auch solle auf Initiative der SPD-Fraktion das Jakobushaus zum Azubiwohnheim ausgebaut werden. An einigen Stellen in Bremen entstünden aktuell zudem neue Wohngebiete. Tschöpe: „Völlig klar ist aber: Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Wir müssen weiterhin massiv Flächen zur Verfügung stellen, damit ausreichend Wohnraum entstehen kann. Wir müssen weiterhin mit gezielten Maßnahmen auf die Probleme reagieren, etwa indem wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien in den Fokus nehmen. Oder indem wir die Sozialbauquote so erhöhen, dass nicht nur mehr preiswerter Wohnraum entsteht, sondern sich auch die soziale Durchmischung der Stadtteile verbessert. Denn für uns ist völlig klar: Bremen braucht mehr Wohnraum – in allen Segmenten.“

MIETPREISBREMSE: SINNVOLLE VERSCHÄRFUNG

„Die vom Bundeskabinett beschlossene Verschärfung der Mietpreisbremse ist so richtig wie notwendig und bringt wichtige Verbesserungen des Schutzes für Mieterinnen und Mieter – auch in Bremen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe.

„Die Senkung der Modernisierungumlage von elf auf acht Prozent im Jahr, die Einführung einer Kappungsgrenze pro Quadratmeter sowie die Stärkung der Mieterrechte sind wichtige Instrumente, um gegen zu stark steigende Mieten vorzugehen. Ich gehe davon aus, dass Bremen nun alles unternimmt, was in der Hand des Landes und der Kommune liegt, um zu einer zügigen Umsetzung der Regelungen beizutragen.“ Denn auch hier habe sich gezeigt, dass dies notwendig sei.

So gebe es bei der Vonovia immer wieder Beschwerden und sogar Klagen. Erst im Frühjahr hatte das Bremer Landgericht zugunsten von Mietern geurteilt, weil das Unternehmen nach einer Mieterhöhung auf Grundlage einer Modernisierung nicht klar nachweisen konnte, dass tatsächlich

modernisiert und nicht nur „instandgehalten“ wurde.

„Dieser Fall zeigt zudem, dass eine Senkung des Anteils, der bei Modernisierungskosten auf die Mieter umgelegt werden kann, absolut notwendig war. Genau das sieht die verschärfte Bremse unter anderem vor“, betont Tschöpe. „Wenn die bisherigen Regelungen dazu führen können, dass die Kaltmiete nach einer Modernisierung um bis zu 40 Prozent steigt, dann zeigt das, dass wir Mieter vor überzogenen Erhöhungen besser schützen müssen. Gerade diejenigen, die

sich nur kleine Mieten leisten können, brauchen dabei die Hilfe des Staates. Es

kann nicht sein, dass eine notwendige und wünschenswerte Modernisierung letztlich dazu führt, dass die bisherigen Mieter davon nicht profitieren – weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können“, begründet Tschöpe die Neuregelung.

Tschöpe: „Fakt ist, wir brauchen neuen, zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. Aber es muss auch darum gehen, dass bestehender Wohnraum bezahlbar bleibt. Dazu ist jeder Beitrag richtig!“

Vonovia zeigt: Es gibt eine Notwendigkeit zur Verschärfung – auch in Bremen

WOHNUNGEN DÜRFEN KEINE WARE UND MIETEN KEIN LUXUS SEIN!

„Wohnen darf keine Ware sein“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. Die Realität sehe allerdings anders aus: „Immer mehr Menschen haben ein Problem, Wohnungen zu finden, die sie sich auch leisten können – gerade in Großstädten und Ballungsgebieten wie Bremen“, sagt er. „Dieses Problem müssen wir angehen, denn dabei handelt es sich um nichts weniger als die zentrale soziale Herausforderung unserer Zeit. Das Ziel ist klar: Bezahlbare Mieten für alle.“



Für Tschöpe steht fest: „Wir müssen alles tun, was wir als Land tun können, um dieses Ziel zu erreichen. Aber es braucht darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Deswegen ist es richtig und notwendig, dass der Bund nun seine Förderung in den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöht und bis 2021 fünf Milliarden Euro in diesen Bereich investiert. Es ist ebenso richtig, dass private Investitionen durch steuerliche Anreize gefördert werden. Und es wird Bremen ganz konkret helfen, wenn die Länder – wie beim Wohngipfel vereinbart – bundeseigene Grundstücke und Immobilien im Erstzugriff und verbilligt erwerben können.“

Familien brauchen Unterstützung

Gleichwohl dürften sich die Bemühungen nicht auf diesen Bereich beschränken, betont der Sozialdemokrat. „Wir brauchen neuen Wohnraum in allen Segmenten. Wir müssen auch jungen Familien die Möglichkeit geben, ein Eigenheim zu erwerben. Das stützen wir in Bremen, indem wir entsprechende Flächen zur Verfügung stellen. Wir fördern den Eigenheimbau aber auch dadurch, dass wir jungen Familien in bestimmten Stadtteilen die Grunderwerbssteuer und die Maklergebühren erstatten, um so gleichzeitig für eine bessere Durchmischung der Wohnquartiere zu sorgen. Außerdem erkundigen wir uns aktuell mit einer Großen Anfrage beim Senat, welche Möglichkeiten er sieht, öffentliche Grundstücke per Erbpacht zu vergeben, statt zu verkaufen. Das kann die Kosten

für ein Eigenheim deutlich reduzieren: Familien, die bauen wollen, müssen somit nicht parallel zum Hausbau auch noch das Grundstück finanzieren.“

Ein echtes Problem sei, dass heute selbst FacharbeiterInnen kaum noch in der Lage sind, einen Hauskauf oder -bau zu finanzieren. Tschöpe: „Für viele, die nicht geerbt haben, bleibt das eigene Haus heute trotz eigentlich gutem Einkommen ein Traum. Gerade diese Menschen wollen wir beim Kauf der eigenen vier Wände unterstützen, denn für sie ist das Eigenheim auch eine wichtige Säule bei der Altersvorsorge.“

Wohnraum muss bezahlbar bleiben

Darüber hinaus sei eine dringende Aufgabe, zu erreichen, dass bereits bestehender, bezahlbarer Wohnraum auch bezahlbar bleibt. „Die SPD-Fraktion begrüßt daher auch die Maßnahmen, die Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel auf Bundesebene vorgeschlagen haben: Der vorgesehene Mietpreisstopp kann einerseits für einen besseren Schutz von Mietern sorgen – andererseits verschafft er uns vor allem Zeit. Zeit um in Bremen und anderen Städten neuen Wohnraum zu schaffen“, so Tschöpe.

Grundsteuer C soll das Bauen forcieren

In dem Papier der Bundes-SPD seien zudem Punkte festgehalten, die auch die SPD-Fraktion in Bremen schon angegangen sei: Zum einen soll es möglich wer-

den, einen Zuschlag zur Grundsteuer zu erheben, wenn Grundstücke nicht bebaut werden. Auch die SPD-Fraktion in Bremen hat sich für diese zusätzliche Steuer eingesetzt. Tschöpe: „Sie soll dann greifen, wenn Investoren bebaubare Grundstücke über einen längeren Zeitraum nicht bebauen – weil sie schlicht auf steigende Bodenpreise hoffen. Denn es bleibt dabei: Wohnen darf keine Ware und kein Spekulationsobjekt sein!“

Schlupflöcher schließen

Zum anderen sollen Steuervorteile bei sogenannten Share-Deals abgeschafft werden, was auch die SPD-Fraktion Bremen mit einer entsprechenden Parlamentsinitiative fordert. Bei diesen Share-Deals überführen Firmen ihre Häuser oder Grundstücke in eine Gesellschaft – und verkaufen dann Anteile an dieser. Der Vorteil für die Unternehmen: Verkaufen sie weniger als 95 Prozent der Geschäftsanteile, fällt keine Grunderwerbssteuer an. Schätzungsweise eine Milliarde Euro an Steuern gehen den Ländern so jedes Jahr verloren – Geld, das unter anderem für den sozialen Wohnungsbau dringend benötigt wird. Deswegen hat die SPD-Fraktion vor kurzem ebenfalls eine Initiative für ein Ende dieser Möglichkeit erarbeitet. „Es ist schlicht eine Frage der Gerechtigkeit – auch gegenüber jungen Familien, die beim Kauf eines Eigenheims eben nicht um die Grunderwerbssteuer herumkommen“, sagt Björn Tschöpe.



STADTBREMISCHE HÄFEN

RÜCKGRAT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES BREMEN

Mit 3,3 Prozent Plus wies Bremen 2017 das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer auf. Einen deutlichen Anteil an diesem Erfolg hatten auch die stadtbremischen Häfen. Nach wie vor ist der südlichste Seehafen Deutschlands für die Hansestadt ein maßgeblicher Standortfaktor. Die Fachpolitiker der SPD-Fraktion haben sich deshalb bei einer gemeinsamen Hafenbesichtigung mit Unternehmensvertretern aus der Initiative Stadtbremische Häfen e.V. ausgetauscht. Hauptthema: Welche Voraussetzungen braucht es, um an der Wasserkante auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften zu können?

Der Europa- und Überseehafen, der Holz- und Fabrikenhafen, der Industriehafen und der Neustädter Hafen: Die stadtbremischen Häfen sind mit ihrer Verteilfunktion von großer Bedeutung für die gesamte Metropolregion Bremen. Etwa 5.000 Arbeitsplätze hängen direkt an den stadtbremischen Häfen. Hier legen im Jahr rund 1.000 Überseeschiffe an, der Güterumschlag liegt bei 13 Millionen Tonnen - und die Bandbreite ansässiger Unternehmen reicht vom Futtermittel- über den Mineralöhländler bis hin zur Getreidemühle.

„Die stadtbremischen Häfen tragen maßgeblich dazu bei, dass der Wirtschaftsstandort Bremen so erfolgreich ist. Wir setzen daher alles daran, dass Unternehmen im Hafen gute Bedingungen vorfinden“, betont Dieter Reinken, wirtschafts-

politischer Sprecher der SPD-Fraktion, die Bedeutung des Areals. Doch welche Rahmenbedingungen müssen gesetzt werden, damit hiesige Unternehmen auch künftig erfolgreich im stadtbremischen Hafengebiet arbeiten können?

Beim Austausch mit Unternehmensvertretern während der Hafenbesichtigung kristallisierte sich heraus, dass die Betriebe insbesondere vor drei Herausforderungen stehen: Erstens besteht ein akuter Bedarf an Fachkräften. Zweitens muss die Verkehrsanbindung an das Hinterland per Schiff, Bahn und auch auf der Straße in Zukunft verbessert werden, wozu insbesondere der Ringschluss der A281 beitragen wird. Drittens müssen Erholungs- und Wohngebiete in der Überseestadt mit der industriellen Nutzung in Einklang gebracht werden. „Genau an diesen Punkten haben

wir in der Vergangenheit gearbeitet und werden diese, insbesondere nach diesen Gesprächen, auch weiterhin im Fokus behalten“, sagt Reinken.

Die Hafenwirtschaft und das Hafengebiet befinden sich seit Jahrzehnten in einem Transformationsprozess. Besonders deutlich wird dies in der Überseestadt, wo inzwischen auch Erholung und Wohnen eine wichtige Rolle spielen. „Wir freuen uns, dass mit der Überseestadt ein erfolgreiches städtebauliches Projekt umgesetzt worden ist“, sagt Reinken. „Für uns ist aber eines ganz klar: Wir bekennen uns gerade wegen der vielen Arbeitsplätze, die daran hängen, klar zu den stadtbremischen Häfen als Wirtschaftsstandort. Und wir werden dafür sorgen, dass Unternehmen dort die Rahmenbedingungen vorfinden, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein.“



Dieter Reinken (Mitte),



...Björn Tschöpe mit Andreas Kottisch



...und Heike Sprehe mit dem Kapitän der MS Senator



KONSENS: BEWÄHRTE STRUKTUR ERHALTEN – SCHULE BESSER MACHEN

Der Konsens zur Schulentwicklung soll fortgeführt werden. Das haben die Vorsitzenden von SPD, Grünen, CDU und Linken angekündigt. „Das ist eine gute Nachricht für die Bremer Schulen“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, der den Konsens für die Fraktion inhaltlich mit erarbeitet und ausgehandelt hat. Er ist überzeugt: „Die nun erreichte Stabilität in der Schulstruktur ist eine wichtige Grundlage, um unsere Schulen qualitativ weiterzuentwickeln.“

Grundlage für das zehn Punkte umfassende Papier, das nun noch von den jeweils zuständigen Parteigremien verabschiedet werden muss, waren auch die Empfehlungen einer Expertenkommission, die den Erfolg der Maßnahmen aus dem ersten Schulkonsens aus dem Jahr 2009 untersucht hatte. „Die Experten waren der Meinung, dass unser zweigliedriges System



Mustafa Güngör

aus Gymnasien und Oberschulen der richtige Rahmen ist, um die Schulen inhaltlich weiterzuentwickeln und dass es deshalb beibehalten werden sollte“, berichtet Güngör. „Davon ausgehend haben wir uns nun

auf zentrale Punkte geeinigt, wie diese Weiterentwicklung angegangen werden soll.“

Ein wesentlicher Punkt – ein Bremer Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen nach Hamburger Vorbild – ist dabei, auf Initiative der SPD-Fraktion, von der Bürgerschaft schon auf den Weg gebracht worden. Dieses Institut soll dabei helfen, die Schulen auf Grundlage konkreter Daten weiterzuentwickeln. Weitere Schwerpunkte liegen auf der Weiterentwicklung der Inklusion, der besonderen Förderung von Schulen in schlechtergestellten Quartieren, dem Ganztagsschulausbau und einer verbesserten individuellen Erfassung der Kompetenzen der Kinder. Ziel ist es einerseits, Förderbedarf, auch und gerade im Bereich Sprache, früher und genauer zu erkennen,

und andererseits auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler noch besser zu fördern.

„Einig sind wir uns zudem darin geworden, dass die finanzielle Ausstattung der Schulen generell weiter verbessert werden soll“, so Güngör abschließend. „Wir haben hier in den vergangenen Jahren schon deutlich aufgestockt und investieren im aktuellen Doppelhaushalt etwa mehr als 200 Millionen Euro zusätzlich in die Bereiche Kinder und Bildung. Wir liegen aber immer noch deutlich unter den Pro-Kopf-Ausgaben der anderen Stadtstaaten. Als SPD-Fraktion fordern wir schon seit Langem, dass wir dieses Lücke schließen. Auch die anderen Parteien teilen unsere Auffassung. Das ist ein wichtiges Signal. Bildung ist und bleibt unser Schwerpunkt.“

MEHR REFERENDARE UND MEHR GELD FÜR GRUNDSCHULEHRKRÄFTE

Auch im Jahr 2019 werden insgesamt 600 Referendarinnen und Referendare an den Schulen in Bremen und Bremerhaven ausgebildet. Im vergangenen Jahr war die Zahl dieser Ausbildungsplätze um 150 erhöht worden. Jetzt wurde beschlossen, dass diese Erhöhung auch im kommenden Jahr greifen soll. „Die erhöhte Zahl an Referendariatsplätzen, für die wir uns eingesetzt und entsprechende Haushaltsmittel bewilligt haben, ist einer von vielen Bausteinen, um dem

anhaltenden Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zu begegnen“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör.

„Diese Erhöhung ist ein wichtiger Schritt, um Fachkräfte zu gewinnen, denn viele der angehenden Lehrkräfte bleiben auch anschließend bei uns.“ Klar sei aber auch: „Wir müssen alles tun, um möglichst viele dieser Lehrerinnen und Lehrer auch nach Abschluss ihres Studiums in unserem Bundesland zu halten – insbe-

sondere auch im Grundschulbereich“, so der Sozialdemokrat. Ein Faktor dabei sei auch die Bezahlung. Güngör: „Es ist daher richtig, dass die Bürgerschaft auf unseren Antrag hin beschlossen hat, dass Grundschullehrkräfte in Bremen künftig dasselbe verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und Oberschulen. Damit bleibt Bremen im Wettbewerb um Fachkräfte konkurrenzfähig. Und nicht zuletzt haben wir damit eine Gerechtigkeitslücke geschlossen.“

GEGEN AUSGRENZUNG UND DISKRIMINIERUNG: DIE SPD-FRAKTION ZEIGT REGENBOGENFLAGGE

Bremen ist bunt – und das jeden Tag. Am 25. August war Bremen aber vielleicht noch ein kleines Bisschen bunter als sonst: In den Farben des Regenbogens. Denn an diesem Tag zog der Christopher Street Day (CSD) durch die Stadt – der Tag, an dem Schwule, Lesben, Bi- und Intersexuelle sowie Transgender auf die Straße gehen, um gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu demonstrieren. „Als SPD-Fraktion wenden wir uns gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung und setzen uns seit Langem für gleiche Rechte unabhängig von der sexuellen Orientierung ein“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Aus voller Überzeugung haben wir daher als Fraktion am Bremer CSD teilgenommen. Und aus voller Überzeugung haben wir dafür gestimmt, dass vor der Bürgerschaft am Tag des CSD als Zeichen der Solidarität des Parlamentes die Regenbogenflagge weht.“ Doch nicht nur dort wehte sie, auch am Fenster des Fraktionsbüros war sie zu sehen. In diesen Räumen war zudem im August und September eine Ausstellung zu sehen, die queere Geschichte in Bremen anhand von Plakaten erzählt. Und außerdem beschloss die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion, dass der Senat eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen soll, um selbsternannte „Homo-Heiler“ zu verbieten.

„HOMO-HEILER“ SOLLEN VERBOTEN WERDEN

„Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf keiner Behandlung“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, und ergänzt: „Es sollte eigentlich gar nicht nötig sein, diesen Satz so betonen zu müssen, weil er selbstverständlich ist. Doch leider ist dies nicht überall der Fall. Auch heute noch werden Schwule und Lesben nicht überall akzeptiert – im Gegenteil.“

Zwar seien die Zeiten, als Homosexualität – auch in Deutschland – eine Straftat gewesen ist oder im Diagnosekatalog der Weltgesundheitsorganisation aufgeführt war, zum Glück lange vorbei, so der Sozialdemokrat weiter. „Und doch lebt die absurde Idee, bestimmte sexuelle Identitäten oder geschlechtliche Orientierungen seien krankhaft, bis heute in Teilen der Gesellschaft fort.“ So böten selbsternannte „Homo-Heiler“ fragwürdige sogenannte Konversionstherapien an. Besonders im Umfeld streng religiöser Gruppierungen werde auch heute bei homo-, und teilweise auch bei trans- oder intersexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Versuch unternommen, sie durch eine „Umpolungstherapie“ zu „heilen“.

Für die SPD-Fraktion ist das nicht nur ein völlig falsches Bild von menschlicher Sexualität, es verletzt auch elementare Rechte. „Der Weltärztebund hat solche Therapien bereits im Jahr 2013 deutlich als Menschenrechtsverletzung verurteilt“, sagt er. Zur Begründung hieß es damals, dass solche Konversionstherapien eine ernste Gefahr für die Gesundheit der

Betroffenen seien. Viele Opfer seien in der Folge jahrelang traumatisiert, einige versuchten sogar, sich umzubringen.

In einigen amerikanischen Bundesstaaten ist die Konversionstherapie daher verboten. Und auch erste europäische Länder haben ein entsprechendes Verbot auf den Weg gebracht. Für Tschöpe steht daher fest: „Deutschland sollte diesen Beispielen folgen und diese sogenannten Therapien ebenfalls verbieten.“

Die Bürgerschaft hat nun auf Initiative der SPD-Fraktion, eine Woche nach dem CSD, einen entsprechenden Antrag einstimmig verabschiedet. Darin fordert sie den Senat auf, im Bundesrat für ein Verbot von Konversionstherapien zu werben.

„Als SPD-Fraktion setzen wir uns seit Langem für gleiche Rechte unabhängig von der sexuellen Orientierung ein“, sagt Tschöpe. „Deswegen haben wir uns aus voller Überzeugung etwa für die Ehe für alle ausgesprochen. Und deswegen haben wir nun auch diese Initiative auf den Weg gebracht – und freuen uns darüber, dass sie einstimmig beschlossen wurde. Denn für uns steht fest: Homosexualität ist ein selbstverständlicher Teil der menschlichen Natur. Und wir akzeptieren nicht, dass dies anders gesehen oder ‚behandelt‘ wird.“



DOWNLOAD

> ANTRAG:
PSEUDOWISSENSCHAFTLICHE
KONVERSIONSTHERAPIEN VERBIEHEN:
[HTTP://TINY.CC/KONVERSION](http://tiny.cc/konversion)



Die Abgeordneten Petra Krümpfer und Helmut Weigelt zogen mit dem Roten Bus beim CSD durch die Stadt



Auch der Rote Bus der SPD-Fraktion nahm an der Parade zum Christopher Street Day teil



Zeigten Regenbogenflagge: Die SPD-Abgeordnete Steffi Dehne auf der Parade und das SPD-Fraktionsbüro



AUSSTELLUNG ZU QUEERER GESCHICHTE IN BREMEN



Die AusstellungsmacherInnen Hanna Wolff und Christian Linker eröffneten die Schau im Fraktionsbüro, nachdem der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe die Gäste begrüßt hatte



Bremen ist bunt – und das nicht erst seit gestern. Mit welchen Schwierigkeiten die queere Szene in Bremen zu kämpfen hatte und was für ein langer Weg es war, gesellschaftlich akzeptiert zu werden, zeigte die Ausstellung „Von Amazonen und Stadtschmusetanten“ von Hanna Wolff und Christian Linker in den Räumen des SPD-Fraktionsbüros, die dem Publikum sechs Wochen lang offen stand. Erzählt wurde dieser Teil der queeren Geschichte Bremens anhand von historischen Plakaten, die Wolff und Linker für die Ausstellung aus unterschiedlichen Archiven zusammengetragen hatten.

„Queeres Leben ist heute glücklicherweise weitgehend in der Gesellschaft akzeptiert. Dies war ein langer und steiniger Weg, für den jahrzehntelang gekämpft werden musste“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, bei seiner Begrüßung auf der Vernissage und mahnte: „Jedoch ist auch klar: Dieser Zustand ist nicht einmal gewonnen und wird anschließend vererbt. In Zeiten, in denen Menschenfeindlichkeit und die Ausgrenzung von Minderheiten wieder salonfähig werden, müssen wir alle täglich für unsere offene, für unsere bunte Gesellschaft eintreten.“



Zahlreiche Gäste nutzten die Vernissage, um einen Blick auf die Ausstellungsstücke zu werfen

RECHTSEXTREMISMUS: KEINEN FUSSBREIT DEN FREMDENFEINDEN!



Wie umgehen mit Rechtsextremismus? Mit dieser Frage haben sich die SprecherInnen gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktionen der Landtage und des Bundestages zwei Tage lang in Bremen befasst. „Die Vorfälle in Chemnitz haben gezeigt, dass wir hier noch wachsamer sein müssen“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, „und sie haben gezeigt, dass die Verbindungen der AfD mit den Rechtsextremen enger geworden sind. In Bremen gibt es schon enge Verbindungen zwischen der Jungen Alternative und der rechten Szene. Dass der Verfassungsschutz sie nun beobachtet, ist daher absolut richtig.“

„Wenn in Chemnitz ein rechter Mob durch die Straßen marodiert und ausländisch aussehende Menschen angreift, dann ist das eine dramatische Verschärfung der Situation und kaum auszuhalten“, sagt Sükrü Senkal. „Und wenn wenige Tage später ein ‚Trauermarsch‘, angeführt von prominenten AfD-Politikern



Sükrü Senkal

wie Björn Höcke, durch die Stadt zieht, in den sich bekannte Hooligans und Neonazis einreihen, dann zeigt das nur: Die AfD ‚flirtet‘ nicht mit dem rechten Rand – sie steht mitten drin und sucht die

Nähe zu Extremisten – und das tut sie ganz offen.“ Auch in Bremen sei diese Nähe zu beobachten, berichtet der Sozialdemokrat. Die Junge Alternative (JA) wird daher seit kurzem durch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. „Bei der JA ist nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine personelle Deckungsgleichheit mit Organisationen wie der Identitären Bewegung und offen rechtsradikalen Verfassungsfeinden festzustellen“, sagt Senkal. „Wenn beispielsweise der stellvertretende JA-Vorsitzende in Bremen in sozialen Medien eine ‚enge Verzahnung mit rechten Bewegungen wie der IB‘ fordert und von einer ‚vaterländischen Erhebung‘ schwadroniert, die ‚das ganze Land von der linken Diktatur des Geistes bereinigen könnte‘, steht für uns außer

Frage, dass eine Beobachtung seiner Organisation durch den Verfassungsschutz unabdingbar ist.“

Seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern hätten berichtet, dass auch dort eine Beobachtung der JA geprüft werden soll, berichtet Senkal aus der Tagung in Bremen. „Es wird genau zu prüfen sein, ob eine solche Beobachtung nicht bundesweit angezeigt ist“, sagt der Innenpolitiker. „Wenn die AfD sich weiter radikalisiert und die Stimmen, die von einer ‚Revolution‘ unser demokratischen Ordnung sprechen, zunehmen, wird man auch dies genau im Auge behalten müssen.“

Senkal abschließend: „Für uns gilt: Kein Fußbreit den Fremdenfeinden! Wir werden uns ihnen weiterhin mit allen Mitteln entgegenstellen.“

ES IST KEIN VERBRECHEN MENSCHENLEBEN ZU RETTEN!

Die Flüchtlingssituation auf dem Mittelmeer hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Die Bremische Bürgerschaft hat dies zum Anlass genommen, sich in einer Debatte gegen die Kriminalisierung von Seenotrettungen und für die Bekämpfung von Fluchtursachen auszusprechen. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Antje Grotheer stellt klar: „Menschenleben zu retten ist kein Verbrechen!“

„Menschen flüchten nicht ohne Grund. Immer wieder erreichen uns aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika Berichte über Kriegsverbrechen, Mord und Folter, Armut und Hunger. Diese Erfahrungen und Erlebnisse sind es, die Menschen dazu bewegen, sich auf den Weg nach Europa zu machen“, erklärt die bundes- und europapolitische

Sprecherin der SPD-Fraktion. Da die Fluchtrouten über Land zunehmend geschlossen seien, wählten viele dazu den Weg über das Wasser. Mit dramatischen Folgen: Laut aktuellen Zahlen des UNHCR seien allein in diesem Jahr mehr als 1.500 Flüchtende im Mittelmeer ums Leben gekommen.



Antje Grotheer

Staatliche und private Seenotretter leisteten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Menschenleben. Dass ihnen die Einfahrt in Häfen verwehrt und sie kriminalisiert würden, sei daher falsch.

Grotheer: „Keine Doktrin, kein politisches Konzept rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seenot zu behindern. Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist als Ausdruck der Menschlichkeit tief verankert in der jahrhundertealten maritimen Tradition, die sich auch in der bremischen Geschichte widerspiegelt.“ Bremen unterstütze daher jene NGOs, die die Seenotrettung auch im Mittelmeer durchführten. Dabei dürfe man allerdings Schleuser, die Menschen erst in lebensbedrohliche Situationen bringen und an ihrem Leid verdienen, nicht ungestraft davonkommen lassen. Außerdem müsse die Bekämpfung von Fluchtursachen erheblich verstärkt werden.

> Antrag: Menschenleben retten ist kein Verbrechen!

<http://tiny.cc/seenotrettung>

SOLIDARSYSTEM STÄRKEN UNGLEICHBEHANDLUNG VON BEAMTEN BEENDEN!

„Die Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten bei der Krankenversicherung muss beendet werden“, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne. Bisher müsse, wer sich als Beamter freiwillig gesetzlich versichert, die Kosten in vollem Umfang selbst tragen. Mit der jetzt vorgeschlagenen Änderung soll dies ohne finanzielle Nachteile möglich werden, damit Beamte eine echte Wahlmöglichkeit erhalten.

Im derzeitigen Krankheitsvorsorge-System können Beamtinnen und Beamte sich zwar freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern, müssen dann aber den GKV-Beitrag inklusive des sogenannten Arbeitgeberanteils vollständig selbst tragen. Im Regelfall wählen sie deshalb verständlicherweise eine 50-prozentige Absicherung durch eine private Kranken-

versicherung, während der Staat in Form der Beihilfe die andere Hälfte der anfallenden Kosten der Krankenversorgung zahlt. „Durch diese Regelungen leistet der Staat einen strukturellen Beitrag zu Schwä-

chung des solidarischen Pflichtversicherungssystems. Das wollen wir nicht länger hinnehmen“, so Dehne.



Das sogenannte „Hamburger Modell“ solle nun ermöglichen, zwischen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem pauschalen Beihilfezuschuss zu wählen. Dehne: „Die so entstehende reale Wahlmöglichkeit für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte sollte aus Gleichheits- und Gerechtigkeitserwägungen dadurch flankiert werden, dass stufenweise auch Bestandsbeamtinnen

und -beamtete, die sich bisher freiwillig in der GKV versichert haben und damit aus eigenen Mitteln einen Beitrag für das Solidarsystem geleistet haben, einbezogen werden.“

Von besonderer Bedeutung sei die neue Regelung derweil für Menschen mit Behinderung, so Dehne. „Sie haben in der Regel trotz Beamtenstatus keine Chance, sich privat zu versichern. Sie sind daher gezwungen, in die gesetzliche Krankenversicherung zu gehen, zahlen dort zwangsläufig auch den Arbeitgeberanteil und sind im Ergebnis dadurch noch zusätzlich belastet. Auch diese Ungerechtigkeit wollen wir mit unserer Neuregelung beseitigen“, bekräftigt die Sozialdemokratin.

Insgesamt könne es sich dabei jedoch nur um einen ersten Schritt hin zu einem ausgewogeneren und solidarischeren Bürgerversicherungskonzept handeln. „Bremen leistet hierdurch im Rahmen seiner landesrechtlichen Möglichkeiten einen Beitrag zur Stärkung unseres Solidarsystems, mit dem wir auch eine Vorbildfunktion für andere einnehmen können“, so Dehne.



Steffi Dehne

DOWNLOAD



> **ANTRAG: BEITRAG ZUR STÄRKUNG DER SOLIDARISCHEN GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG LEISTEN**
[HTTP://TINY.CC/SOLIDARSYSTEM](http://tiny.cc/solidarsystem)

INFOS ÜBER SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Frauen sollen sich einfacher über die Möglichkeiten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs informieren können. Dazu soll in Bremen eine Liste mit jenen Ärzten und Einrichtungen veröffentlicht werden, die solche Eingriffe durchführen und der Veröffentlichung zugestimmt haben. Das hat die Bürgerschaft auf Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen. Für die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch, ist dies ein wichtiger erster Schritt – dem aber noch weitere folgen müssen.

Ziel sei und bleibe es, auf Bundesebene den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches abzuschaffen, erklärt die Sozialdemokratin. Dieser Paragraph stellt das Werben für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe, und bereits im Dezember 2017 hatte die Bürgerschaft den Senat aufgefordert, auf eine Abschaffung des sogenannten Werbeverbotes hinzuwirken.

Für Bösch bleibt diese Regelung weiterhin absurd: „Die Information darüber, dass ich eine ärztliche Leistung durchführe und welche Methode ich anwende, ist keine Werbung, sondern eine

für die Entscheidung der Patientinnen notwendige Information. Das Verbot erschwert einer Schwangeren den Zugang zu Informationen über die Methode, mit der der Abbruch vorgenommen wird, und verhindert die freie Wahl des Arztes oder der Ärztin.“

„Solange das Werbeverbot nicht abgeschafft ist, müssen wir mindestens in Bremen sicherstellen, dass Frauen einen niedrigschwelligen Zugang zu sachlichen Informationen über die medizinischen Möglichkeiten und Implikationen eines Schwangerschaftsabbruchs sowie über Ärztinnen und Ärzte, Kliniken und andere Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen, erhalten“, so Bösch weiter. Eine entsprechende Liste jener Medizinerinnen und Mediziner sowie der Einrichtungen, die dem zugestimmt haben, soll daher künftig das Gesundheitsressort veröffentlichen.

DOWNLOAD



> **ANTRAG: ÖFFENTLICHE INFORMATIONEN ÜBER LEGALE SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE ERMÖGLICHEN**
[HTTP://TINY.CC/BERATUNGSGESETZ](http://tiny.cc/beratungsgesetz)

IMMER AM BALL: INGELORE ROSENKÖTTER

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Projektes „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus“ haben die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingelore Rosenkötter, und Innensenator Ulrich Mäurer im Rahmen einer „Fußballnacht“ des Bremer Landessportbundes (LSB) die große Bedeutung des Projektes gewürdigt. „Hier kommen Jugendliche aus verschiedenen Kulturkreisen und Nationalitäten beim Sport zusammen. Was das für die Integration leistet, kann man nicht hoch genug bewerten“, unterstrich Rosenkötter. „Daher gilt mein Dank besonders dem engagierten Team, das die Nacht organisiert hat.“



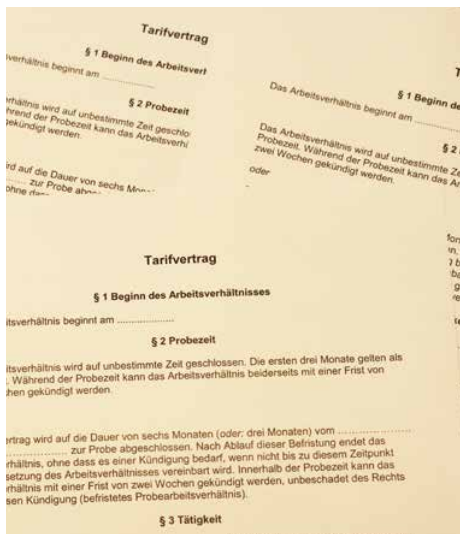
Foto: LSB

MEHR GELTUNG FÜR TARIFVERTRÄGE!

Die Wirkung von Tarifverträgen soll gestärkt werden. SPD und Grüne haben einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht: Bremen soll sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Tarifbindung einsetzen. Außerdem soll es einfacher werden, den Geltungsbereich dieser Verträge auszuweiten.

„Tarifverträge sind ein hohes Gut – und beide Seiten profitieren von ihnen“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch. „Für die Beschäftigten bedeuten sie einerseits Sicherheit und Stabilität der Arbeitsbedingungen, und für die Unternehmen garantieren sie andererseits gleiche Wettbewerbsbedingungen und verhindern, dass Konkurrenten mit Dumpinglöhnen die Preise drücken – was von der Allgemeinheit wiederum kompensiert werden müsste, etwa über die Aufstockung durch Grundsicherungsleistungen.“

Das Problem allerdings: Die Tarifbindung in Deutschland geht immer weiter zurück.



Inzwischen unterliegen nur noch 30 Prozent der Betriebe der Tarifbindung, in Bremen sind es sogar nur 24 Prozent. „Das hat dramatische Folgen, denn es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Tarifbindung, Lohnungleichheit und Niedriglöhnen“, erklärt Bösch. „In der Konsequenz vergrößert das die soziale Spaltung und führt zu Altersarmut, insbesondere bei Frauen.“

Die rot-grüne Koalition will dem nun entgegenwirken. Sie will erreichen, dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können – so wie dies in Bremen etwa im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes erfolgt ist. „Bei einer solchen Allgemeinverbindlichkeitserklärung gilt der Tarifvertrag auch dort, wo die Parteien nicht tarifgebunden sind. Deswegen kann dies ein wirksames Mittel sein, um die Bedeutung von Tarifverträgen wieder zu stärken“, sagt Bösch. „Dies unterstützen wir, denn für uns steht fest: Gute Arbeit muss fair – und möglichst überall gleich – bezahlt werden.“



DOWNLOAD

**> ANTRAG: SOZIALE UNGLEICHHEIT
ABBAUEN – WIRKUNG VON TARIFVER-
TRÄGEN STÄRKEN**

[HTTP://TINY.CC/TARIFVERTRAEGE](http://tiny.cc/tarifvertraege)

ERWEITERTE NUTZUNGSZEITEN FÜR BIBLIOTHEKEN SCHAFFEN!

Bücher und Medien sind nicht nur ein Zeitvertreib in der Freizeit, sondern auch Instrumente für Schule, Ausbildung, Studium und Forschung. Bibliotheken sind daher nicht nur ein fester Teil des kulturellen Angebots unserer Stadt, sondern tragen gleichzeitig zur Förderung von Bildung und Wissenschaft bei. Die SPD-Bürgerfraktion hat sich jetzt gemeinsam mit den Grünen in zwei Anträgen für eine Ausweitung der Nutzungszeiten der bremischen Bibliotheken ausgesprochen.

„Bibliotheken sind ein zentraler Ort der Wissensvermittlung. Im wissenschaftlichen Bereich ist der Zugang zu ihnen eine Grundvoraussetzung für ein Gelingen von Forschung und Studium“, fasst Arno Gottschalk, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die Hintergründe zusammen und ergänzt: „Insbesondere während der Prüfungszeiten ist die Nutzung der vielfältigen Bestände in Bibliotheken von hoher Bedeutung für eine erfolgreiche Vorbereitung.“ Dabei umfassen die Bestände von Bibliotheken inzwischen oftmals auch verschiedene Medien, Filme und Audioaufnahmen, digitalisierte Artikel und – insbesondere in wissenschaftlichen Bibliotheken – auch teure Fachliteratur, ohne die ein Studium nicht denkbar wäre. „Deshalb sollte die durchgängige Nutzbarkeit wissenschaftlicher Bibliotheken an Wochenenden eine Selbstverständlichkeit sein. An vielen deutschen Hochschulstandorten ist das längst eher die Regel als die Ausnahme“, so der Wissenschaftspolitiker weiter.



Arno Gottschalk

Es gelte deshalb nun, zügig auch in Bremen praktikable Lösungen zu finden, die einen entsprechenden Zugang für die Studierenden ermöglichen. „Dabei sollten wir auch Wege prüfen, die verlängerte Nutzungszeiten am späten Abend und in der Nacht – vielleicht sogar bis hin zu einer 24/7-Öffnung – ermöglichen“ argumentiert Gottschalk und zeigt einen denkbaren Weg auf: „Ein Ansatz kann die zusätzliche Nutzung als reine Präsenzbibliothek – also ohne die Möglichkeit der Ausleihe – an Sonntagen und in den späten Abend- und Nachtstunden sein.“ Aber auch neue Möglichkeiten im Rahmen des technischen Fortschritts sind laut Gottschalk zu prüfen. „Eine Option könnte das Konzept der Open Library, der Offenen Bibliothek, sein. Es bezeichnet Bibliotheken, die zu gewissen Zeiten ohne die Anwesenheit von Bibliothekspersonal geöffnet haben.“



Elombo Bolayela

Letzteres gilt es darüber hinaus auch für die öffentlichen Bibliotheken in Bremen zu prüfen. SPD-Kulturpolitiker Elombo Bolayela: „Bibliotheken sind wichtige Kulturträger. Sie gehören zu den wenigen kulturellen Einrichtungen, die für die Besucherinnen und Besucher kostenfrei sind und in denen kein Verzehrzwang besteht.“

Gerade vielen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Eltern mit Kindern sei es unter der Woche oftmals nicht möglich, die Angebote der öffentlichen Bibliotheken zu den vorgegebenen Öffnungszeiten wahrzunehmen. „Deshalb kann das Open-Library-Konzept auch hier eine Möglichkeit sein, mehr Menschen den Zugang zu Literatur, Kultur und Kunst zu ermöglichen.“

DOWNLOAD

> ZU DEN ANTRÄGEN

[HTTP://TINY.CC/WISSENSCHAFT_BIBLIOTHEKEN](http://tiny.cc/wissenschaft_bibliotheken)

[HTTP://TINY.CC/OPENLIBRARY](http://tiny.cc/openlibrary)

(SOZIAL)DEMOKRATEN VOR ORT: IM DIALOG FÜR GEMEINSAME WERTE



Dieter Reinken am Roten Bus.



Björn Tschöpe: auch der Chef hat ein offenes Ohr

Das gesellschaftliche Klima scheint umzuschlagen. Viele Menschen wenden sich ganz von der Politik ab oder geben rechtsextremen Parteien ihre Stimme. Gerade in dieser Zeit müssen Demokraten zusammenstehen – und Politiker sich mit Bürgerinnen und Bürgern über ihre Sorgen und Nöte austauschen.

Der Rote Bus tourt mittlerweile seit mehreren Jahren mit unseren Abgeordneten durch Bremen und Bremerhaven. Er ist das Gesprächsangebot unserer Fraktionsmitglieder an Bürgerinnen und Bürger – eine Art mobile Bürgersprechstunde also. Die Bandbreite der Gespräche reicht dabei von konkreten Anliegen, wie etwa Vermüllung an bestimmten Plätzen, bis hin zur generellen Unzufriedenheit mit „der Politik“.

„Der Anteil der Personen, die mit einem diffusen Gefühl der Unzufriedenheit zu uns an den Roten Bus kommen, ist spürbar gestiegen. Vielen kann man einen Teil ihrer Unzufriedenheit nehmen- wenn man sich Zeit und die Menschen ernst nimmt. Deshalb ist der Rote Bus ein wichtiges Element unserer politischen Arbeit“, so Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Was aber bei den vielen Gesprächen am Roten Bus auch deutlich wird: Viele Menschen sind mit rationalen Argumenten immer schwieriger zu erreichen. „Das ist schon eine sehr beunruhigende Entwicklung. Immer mehr Menschen nehmen nur noch ihre eigene Filterblase wahr. Immer

mehr wenden sich gegen das vermeintliche Establishment. Immer mehr glauben an Verschwörungstheorien. Man streitet sich schon über die Grundlagen, die man einer Diskussion zugrunde legt, und nicht mehr nur über die Schlussfolgerungen. Das bedeutet für uns zweierlei: Wir müssen einerseits noch mehr in den Dialog gehen und Gesprächsangebote unterbreiten, um unsere Politik verständlich zu vermitteln. Andererseits müssen wir aber auch Haltung zeigen und deutlich machen, dass einige Positionen mit unserem Werteverständnis unvereinbar sind. Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit haben in unserer Demokratie keinen Platz“, so Tschöpe weiter.

Sie möchten mit unseren Abgeordneten ins Gespräch kommen? Wann und wo der Rote Bus Halt macht, finden Sie jederzeit auf unserer Homepage oder vor Ort auf Hinweisschildern. Wir freuen uns auf gute Gespräche!



FRAKTION VOR ORT: TERMINE UND ORTE
SPD-FRAKTION-BREMEN.DE/FRAKTION-VOR-ORT

KOMMENDE VERANSTALTUNGEN DER SPD-FRAKTION

FALSCHMELDUNGEN EINST UND JETZT

Fake News sind kein neues Phänomen. Im Gegenteil: Es gibt zahlreiche historische Beispiele dafür, wie vermeintliche Wahrheiten geschönt oder sogar erfunden wurden, wenn es den eigenen politischen Zielen diente. Ein solches Beispiel, das nun 100 Jahre her ist, ist die Dolchstoßlegende – eine von der deutschen Obersten Heeresleitung gegen Kriegsende in die Welt gesetzte Verschwörungstheorie, die die Schuld an der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg vor allem auf die Sozialdemokratie und andere Demokraten abwälzen sollte.

Vor diesem historischen Hintergrund wollen wir darüber diskutieren, wie man Fake News heute entgegentreten kann. Mit unserem Fraktionsvorsitzenden **Björn Tschöpe** diskutieren auf dem Podium **Ralf Stegner**, stellvertretender SPD-Vorsitzender sowie SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein sowie **Dr. Michael Angele**, Chefredakteur des „Freitag“. Moderiert wird die Veranstaltung von **Annemarie Struß-von-Poellnitz**.
Dienstag, 6. November, 19 Uhr, Focke-Museum, Schwachhauser Heerstraße 240



SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE

100 Jahre sind seit der Novemberrevolution im Jahr 1918 vergangen – ein historisches Ereignis, das bereits im Vorfeld gravierende Auswirkungen auf die deutsche Linke hatte. Es kam zur Spaltung – auch in Bremen. Hier spaltete sich die Sozialdemokratie sogar in drei Gruppierungen auf. Was führte dazu? Welche Besonderheiten gab es in Bremen? Wo lagen die gravierenden Unterschiede zwischen der MSPD und KPD, der kommunistischen Partei, die damals in Bremen entstand? Gab es Gemeinsamkeiten im Kampf gegen die Rechte?

Darüber wollen wir diskutieren und vor diesem historischen Hintergrund auch über das Heute sprechen. Der Historiker **Prof. Dr. Lothar Machtan** wird zunächst in das Thema einführen – und dann eine Diskussion der Fraktionsvorsitzenden **Björn Tschöpe** (SPD) und **Kristina Vogt** (Die Linke) moderieren. Wo gibt es heute Gemeinsamkeiten und Trennendes? Wo lassen sich in Zukunft Brücken schlagen? Über diese und weitere Fragen wird diskutiert.
Donnerstag, 22. November, 19 Uhr, Union-Brauerei, Theodorstraße 12-13





ICH BIN DER MEINUNG, DASS...



... wer sich sich beruflich weiterqualifiziert, eine finanzielle Förderung verdient!

Sybille Böschen,
Sprecherin für Arbeit

WEITERQUALIFIZIERUNGEN SOLLEN BREIT GEFÖRDERT WERDEN

Wer sich beruflich für höhere Aufgaben weiterqualifiziert und beispielsweise einen Meister-Titel anstrebt, soll eine Förderung erhalten. Ein entsprechendes Konzept hat das Wirtschaftsressort angekündigt. Und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, begrüßt dies ausdrücklich: „Eine breit angelegte Förderung, die nicht nur einen kleinen Teil der Berufsfelder in den Blick nimmt, kann ein wichtiger Beitrag sein, um den Standort Bremen zu stärken.“

In Niedersachsen gibt es sie bereits, in vielen anderen Ländern ist sie ebenfalls bereits umgesetzt oder geplant: Die sogenannte Meisterprämie. Das heißt: Wer in Niedersachsen eine Prüfung zum Handwerksmeister erfolgreich ablegt, erhält vom Land 4.000 Euro. „Es ist schon alleine deshalb richtig, über eine solche Prämie auch im Land Bremen nachzudenken, um im Wettbewerb um Fachkräfte nicht hinter Niedersachsen zurückzubleiben“, erklärt Böschen. „Uns geht der niedersächsische Ansatz aber nicht weit genug. Wir wollen nicht nur Handwerksmeister fördern, sondern alle, die sich für höhere Aufgaben weiterqualifizieren.“

Dies sei richtig, weil es ein seit langem bestehendes Ungleichgewicht zumindest ansatzweise beheben würde, so die Sozialdemokratin. Denn während ein Studium kostenlos und öffentlich finanziert sei, müssten viele diejenigen, die eine sogenannte Aufstiegsfortbildung absolvieren, diese selbst bezahlen. Richtig sei es insbesondere, die Förderung breit aufzustellen. „Eine ausschließliche Förderung von Handwerks-Meisterprüfungen würde aufgrund

der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen nur eine kleine Gruppe betreffen und einen Großteil der Absolventinnen und Absolventen von Aufstiegsfortbildungen nicht berücksichtigen“, erklärt Böschen. „Es ist also eine Frage der Gleichbehandlung und der Gerechtigkeit, eine möglichst große Gruppe in den Genuss dieser Förderung kommen zu lassen.“



Foto: S. Hofschlaeger/pixelio.de

Nicht zuletzt sei dies auch eine gleichstellungspolitische Frage. Böschen: „Aus einem Bericht des Wirtschaftsressorts geht hervor, dass der Meistertitel als alleinige Prämiengrundlage dazu führen würde, dass nur zehn Prozent der Anspruchsberechtigten weiblich wären. Aus unserer Sicht ist es deshalb unerlässlich, auch die Fortbildungen in jenen Bereichen zu fördern, in denen nach wie vor in erster Linie Frauen arbeiten, wie zum Beispiel in der Pflege und in Erziehungsberufen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil gerade in diesen Bereichen Fachkräfte dringend gebraucht werden, die auch Leitungsaufgaben übernehmen können. Deshalb sollte eine Förderung also auch und gerade diese Berufsfelder berücksichtigen.“